
RN/77

10. Punkt

Entschließungsantrag der Bundesräte Peter Samt, Ferdinand Tiefnig, Christian Fischer, Claudia Hauschmidt-Buschberger, Mag. Dr. Julia Deutsch, Kolleginnen und Kollegen betreffend Ausbau der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Rettungswesen (434/A(E)-BR/2025 sowie 11760/BR d.B.)

Vizepräsident Günther Ruprecht: Wir gelangen nun zum 10. Punkt der Tagesordnung.

Berichterstatter ist Herr Bundesrat Günter Pröller. – Ich bitte um den Bericht.

RN/78

Berichterstatter Günter Pröller: Herr Präsident! Ich bringe Ihnen den Bericht des Gesundheitsausschusses über den Entschließungsantrag betreffend „Ausbau der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Rettungswesen“.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Gesundheitsausschuss somit den **Antrag**, der Bundesrat wolle dem vorliegenden Entschließungsantrag betreffend „Ausbau der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Rettungswesen“ die Zustimmung erteilen.

Vizepräsident Günther Ruprecht: Wir gehen nun in die Debatte ein.

Zu Wort gemeldet ist Herr Bundesratspräsident Peter Samt. – Ich erteile es dir.

14.55

Bundesrat Peter Samt (FPÖ, Steiermark): Danke Herr Vizepräsident! Frau Staatssekretärin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dieser Entschließungsantrag ist jetzt etwas Verbindendes nach verschiedenen heutigen Tagesordnungspunkten, bei welchen, wie es halt in einer Demokratie üblich ist, die Freiheitliche Partei nicht überall mitstimmen kann.

Ich stehe hier mit einem Projekt, einem Gemeinschaftsprojekt – so will ich es tatsächlich sagen – zu dieser grenzüberschreitenden Rettungszusammenarbeit. Zur Geschichte dieser Sache: Ich bin am Anfang meiner Präsidentschaft bei der Slowakischen Botschaft eingeladen gewesen. Dort ist ein gewisser Herr Siegfried Weinert, den ich gerne erwähnen möchte, von slowakischer Seite für diesen Einsatz geehrt worden, grenzüberschreitenden Rettungsdienst zwischen Österreich und der Slowakei zu schaffen, im Detail natürlich zwischen den Grenzregionen der Slowakei und Niederösterreichs.

Da ich dieses Projekt nicht kannte, habe ich einmal ganz einfach gefragt, worum es da eigentlich geht. Herr Siegfried Weinert hat mir das erklärt und mich gleichzeitig gebeten, meine Funktion vielleicht dafür zu nutzen, dass dieses Thema auch im Bundesrat behandelt wird, denn zu diesem Zeitpunkt war das Thema bereits im Nationalrat, aber es war halt im Gesundheitsausschuss schublatisiert, würde ich einmal so sagen. – Es ist ja mittlerweile auch im Nationalrat beschlossen worden; dafür bin ich auch sehr dankbar.

Wir haben das Thema mit diesem gemeinsamen Entschließungsantrag vielleicht noch ein bisschen präzisiert, indem wir eben diese Länderkompetenz hervorgehoben haben, weil ja im Wesentlichen auch Rettungsdienste von den Ländern aus organisiert werden, von Einsatzorganisationen, Leitstellen, die in den jeweiligen Bundesländern angesiedelt sind, und diese Regionen im

Grenzbereich betroffen sind. Damit es zu einer konkreten Zusammenarbeit zwischen den Regionen, den angrenzenden Staaten und auch den Regionen in unseren Ländern kommt, braucht es einen Staatsvertrag.

Das klingt jetzt vielleicht kompliziert, aber wenn man es sich näher anschaut, weiß man auch, warum das nötig ist. Es geht um technische Gegebenheiten, es muss nämlich natürlich die Technik von den Rettungsorganisationen aufeinander abgestimmt werden, angefangen von der Funktechnik bis hin zu Gerätschaften, die zum Beispiel Feuerwehren für einen Einsatz an Bord haben sollten. Das hat aber auch eine medizinische Komponente, denn es müssen natürlich Medikamente, die in Österreich zugelassen sind und vielleicht in Slowenien nicht, durch die entsprechenden Rettungseinheiten genau aufeinander abgestimmt werden. Slowenien habe ich als Beispiel erwähnt, weil diese Woche der slowenische Botschafter bei mir war und mir die volle Kooperation zugesagt hat und auch zugesagt hat, dass er mit der slowenischen Regierung in Kontakt treten wird, sodass jeder weiß, dass wir das machen werden.

Das betrifft aber natürlich auch Italien. Mit dem italienischen Botschafter habe ich das vorbesprochen. Die Schweizer sind auch auf unserer Seite. Auch in Südtirol, deswegen erwähne ich es, würde man sich freuen, wenn das funktionieren würde. Der große Bruder Deutschland muss natürlich noch näher betrachtet werden, denn dort gibt es vielleicht auch aus organisatorischen Gründen ein paar Probleme.

Ein Beispiel: Ich war heuer bei der Landtagspräsidentenkonferenz in Gelnberg. In Braunau ist das zum Beispiel eine Art bilaterale Vereinbarung, die natürlich jetzt keinen Staatshintergrund hat. So kooperieren die über eine Brücke verbundenen Städte, Braunau und die Nachbarstadt in Deutschland, bereits auf ähnliche Art und Weise, aber natürlich ohne den staatlichen Rechtsrahmen.

Das ist der Grund dafür, warum wir das heute hier im Plenum besprechen, warum wir das, so hoffe ich, gemeinsam beschließen können, denn das ist ein ganz wichtiger Punkt, wie ich glaube, und viele Menschen, so wie eben Herr Siegfried Weinert, der sich in Niederösterreich vonseiten der Rettungsorganisationen jahrelang dafür eingesetzt hat, werden sich, glaube ich, freuen, wenn wir das langsam, aber sicher auf ganz Österreich, auf die Nachbarstaaten Österreichs ausdehnen können.

Ich bitte, Frau Staatssekretärin, dass Sie das auch in Ihrer Regierung so weiterverbreiten, dass wir in absehbarer Zeit damit rechnen können – also bis 2029 bin ich in diesem Haus. (*Staatssekretärin Königsberger-Ludwig nickt.*) Ich hoffe, dass wir das eine oder andere Nachbarland bis dorthin auch mit im Boot haben.

Ich sage Danke an euch alle für die Unterstützung dieses Antrages und freue mich, dass wir hier einheitlich haben vorgehen können. – Danke schön. (*Beifall bei der FPÖ sowie des Bundesrates Mertel [SPÖ/Ktn.].*)

15.00

Vizepräsident Günther Ruprecht: Danke.

Zu Wort gemeldet ist Herr Bundesrat Ferdinand Tiefnig. – Sehr geehrter Herr Bundesrat, ich erteile es dir.

RN/80

15.00

Bundesrat Ferdinand Tiefnig (ÖVP, Oberösterreich): Frau Staatssekretär! Herr Vizepräsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Werte Damen und Herren, die heute noch zusehen, auch via Livestream! Ich wollte zuerst sagen: Das Bohren dicker Bretter braucht Ausdauer und Beharrlichkeit. Jetzt sage ich

hinsichtlich der Debatte über den Mutter-Kind-Pass: Schwere Geburten ergeben oft schöne Kinder. (*Heiterkeit bei der ÖVP.*)

Ich hoffe, auch dieser Allparteienantrag ergibt ein schönes Kind; denn ich erinnere mich: 2015 hatten wir in Oberösterreich die Spitalsreform. Von diesem Zeitpunkt an war ich involviert. Auch auf der bayerischen Seite hatte ich Kontakt zu den damaligen Landtagsabgeordneten, zu Ingrid Heckner und zu Reserl Sem, die eine ist aus dem bayerischen Burghausen und die andere aus Pfarrkirchen. Wir wollten eigentlich die Zusammenarbeit beim Herzkatheter weiter fortsetzen.

Leider hat in Deutschland das Krankenhaus in Simbach geschlossen, somit war auch der Herzkatheter weg. Wir im Bezirk Braunau wurden dann wirklich sehr aufmerksam von der Bevölkerung beobachtet, was wir in Zukunft in diesem Bereich machen. Ich habe die Kontakte zu den bayerischen Krankenhäusern hergestellt, und wir hatten dann auch die Möglichkeit, bei Notfällen unsere Patienten nach Altötting, nach Rottal-Inn, nach Pfarrkirchen und nach Traunstein zu schicken.

Leider mussten wir dann feststellen, dass vonseiten der deutschen Bundesregierung keine Zusammenarbeit beziehungsweise keine gesetzliche Stabilität da war. Somit hat die Grenzregion ein bilaterales Abkommen geschlossen, wie schon mein Vorredner gesagt hat, um entsprechend Einsätze zu fahren.

Das alles ist dann ein bisschen eingeschlafen, bis meine Kollegin im Nationalrat Andrea Holzner aus Tarsdorf diesen Antrag wieder weiterverfolgt hat und ich im heurigen Jahr dann auch wieder aktiv geworden bin. Wir sehen, bei Feuerwehreinsätzen oder bei Polizeieinsätzen ist die grenzüberschreitende Zusammenarbeit möglich, im Rettungsdienst aber, wo es um Menschenleben geht, ist sie nicht möglich. Daher ist das wichtig, und ich habe auf Initiative von

Niederösterreich und in Zusammenarbeit mit Ungarn, der Slowakei und der Tschechischen Republik auch wieder begonnen, hier im Parlament nachzuhaken.

Im Endeffekt haben wir festgestellt, dass eine Einzelperson wenig erreichen kann. Ich sage auch Dankeschön an alle Fraktionen hier im Bundesrat, dass wir diesen Antrag gemeinsam realisieren können, denn es wird auch in Zukunft wichtig sein. Wir werden in Oberösterreich mithilfe unserer Gesundheitslandesrätin und Landeshauptmannstellvertreterin Haberlander in Suben einen Hubschrauber installieren, der Nachtflüge starten kann, auch das Personal. Es muss die Ausbildung des Personals dann mit den deutschen Ausbildungsvorschriften abgestimmt sein. Diese Themen sind einfach wichtige Punkte, die in diesem Antrag auch enthalten sein müssen, damit es mit Deutschland funktioniert.

Aber es wird auch wichtig sein, dass es in den anderen Bundesländern funktioniert, denn der rechtzeitige Rettungseinsatz rettet Leben. In dieser Hinsicht, glaube ich, ist es wichtig, dass auch die bayerische Seite informiert ist, und das habe ich mit dem Kollegen aus Altötting auch gemacht: dass auch der Deutsche Bundestag dieses Thema behandelt. Er sagt, das Ressort liegt bei der SPD, und er hofft, dass, wenn wir in Österreich die SPÖ im Boot haben, dann auch in Deutschland die SPD dementsprechend aktiv wird.

In diesem Sinne, glaube ich, haben wir gute Aussichten auch im Hinblick auf die bilaterale Zusammenarbeit mit Deutschland, dass dieser Initiativantrag Wirkung zeigt und Früchte trägt. Wir sehen nämlich: Die Zusammenarbeit der Slowakei mit Österreich sowie Tschechiens und Ungarns mit Österreich ist ein Best-Practice-Projekt, das von europäischer Ebene hohe Anerkennung bekommt. Daher wird es auch wichtig sein, dass unser Projekt in dieser Hinsicht weiter vorangetrieben wird, dass auch Italien, Slowenien, Liechtenstein, die Schweiz und Deutschland mit uns ein Abkommen schließen, sodass die Menschen in den

Grenzregionen mit Sicherheit und entsprechend die nötige Versorgung im Rettungsdienst bekommen, wenn Notfälle auftreten.

In diesem Sinne sage ich noch einmal allen Mitwirkenden, die hierzu beigetragen haben, Dankeschön, dass wir heute diesen Initiativantrag im Bundesrat beschließen können. Ich wünsche uns allen zusammen, dass dieser Wunsch in Erfüllung geht. Ich bin noch nicht bei meiner letzten Rede, es soll kein Wunsch ans Christkind sein, sondern ein Wunsch, dass diese Initiative für unsere Bevölkerung Früchte trägt. – In diesem Sinne: Danke schön an alle Mitglieder des Bundesrates. (*Allgemeiner Beifall.*)

15.05

Vizepräsident Günther Ruprecht: Vielen Dank.

Zu Wort gemeldet ist Herr Bundesrat Martin Peterl. Ich erteile dieses.

RN/81

15.05

Bundesrat Martin Peterl (SPÖ, Niederösterreich): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Frau Staatssekretärin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf einen, der bei diesem Antrag federführend war, recht herzlich bei uns, nämlich im Bundesrat, begrüßen: unseren Siegfried Weinert vom Notruf Niederösterreich. Herzlich willkommen! (*Beifall bei SPÖ, ÖVP und FPÖ sowie der Bundesrätin Deutsch [NEOS/W].*)

Schön, dass du heute bei diesem Beschluss auch anwesend bist, denn uns verbindet ja eine Leidenschaft, und das ist das Rettungswesen. Ich bin seit 29 Jahren als freiwilliger Mitarbeiter beim Roten Kreuz, und in dieser Zeit habe ich gemeinsam mit meinen Kolleginnen und Kollegen unzählige Einsätze gehabt.

Wir haben oft Leben gerettet, wir haben aber oft auch keine Leben gerettet, und ich weiß, wie belastend das in diesem Moment für die Angehörigen ist. Deswegen weiß ich aber auch, wie wichtig funktionierende Strukturen, die verlässliche Zusammenarbeit und ein modernes Rettungswesen sind. Wenn ich an meine Anfangszeit zurückdenke, liebe Kolleginnen und Kollegen, und das ist jetzt doch schon einige Jahre her, dann war an eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit – und damit meine ich: die Grenze waren die Bezirke – nicht zu denken, schon gar nicht über Bundesländergrenzen oder sogar über Staatsgrenzen hinweg. – Immer unmöglich!

Das galt erst recht für die Klinikversorgung. Damals wurden wir viel zu oft nicht an die am besten geeignete Klinik entsandt, sondern an die nächste, und das konnte im Ernstfall über die Chancen entscheiden, die ein Mensch bekommt oder eben nicht.

Mit dem heute vorliegenden Entschließungsantrag rollen wir ein Modell für ganz Österreich aus, dessen Wurzeln in meinem Heimatbundesland Niederösterreich liegen. Es ist ein Modell, das zeigt, wie man Zusammenarbeit nicht nur theoretisch formuliert, sondern praktisch lebt.

Die ersten Schritte erfolgten Anfang der 2000er-Jahre mit der Gründung einer gemeinsamen Leitstelle für die Notfallrettungsmittel in Niederösterreich. Damit wurde erstmals eine koordinierte, professionelle und effiziente Steuerung aller Rettungsmittel möglich, unabhängig von den Bezirks- oder Regionsgrenzen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unter dem damaligen Geschäftsführer Ing. Christof Chwojka, den ich an dieser Stelle bewusst nenne, weil er aus meiner Heimatkreuzdienststelle Korneuburg stammt und wir seit meinen ersten Tagen beim Roten Kreuz persönlich befreundet sind, konnten der Sigi und der Costa, wie man sie so schön nennt, 2013 die Verhandlungen für die grenzüberschreitenden Einsätze beginnen. Dieses Pilotprojekt wurde schließlich

2016 abgeschlossen. (*Beifall bei der SPÖ sowie der Bundesrätin Miesenberger [ÖVP/OÖ].*)

Es wurde ein Vorzeigemodell; es ist ein Vorzeigemodell. Da geht es nicht nur darum, das schnellste Rettungsmittel zu entsenden, sondern auch darum, stets die bestmögliche Klinik für die Patientinnen und Patienten auszuwählen, egal ob sie ein paar Kilometer weiter auf der einen oder auf der anderen Seite der Grenze liegen.

Wie wertvoll diese Zusammenarbeit ist, hat das Jahr 2021 auf dramatische Weise beim verheerenden Tornado in Südmähren gezeigt. Binnen Minuten wurden dort ganze Regionen verwüstet, Menschen verletzt, verängstigt, manche haben sogar ihr Leben verloren. Am Anfang war die Zufahrt für die tschechischen Einsatzkräfte aus dem Osten blockiert, und wir – als Österreicher, als Niederösterreicher – konnten von Österreich her unterstützen. Mehr als 100 Einsatzkräfte, über 40 Rettungsfahrzeuge, zwei Notarzthubschrauber sowie eine mobile Einheit der gemeinsamen Leitstelle Notruf Niederösterreich waren damals vor Ort. Liebe Kolleginnen und Kollegen, dort, wo Zerstörung herrscht, hat Zusammenarbeit Hoffnung gebracht, dort, wo Grenzen standen, hat Menschlichkeit sie überwunden.

So gibt es heute, meine sehr geehrten Damen und Herren – auch zu Hause –, auch in den südlichen Bundesländern, wie wir schon gehört haben, bereits Annäherungsversuche an die angrenzenden Staaten. Die Kooperation wächst und sie zeigt, dass der Wille zur Zusammenarbeit da ist.

Besonders möchte ich – wie auch schon mein Vorredner – Deutschland hervorheben, da gerade Deutschland die längste Staatsgrenze – rund 800 Kilometer – zu Österreich hat. Ich möchte mich auch bei dir (*in Richtung Bundesrat Tiefnig*) bedanken, dass du dich so dafür einsetzt, dass der Vertrag –

was ich weiß – hoffentlich bald abgeschlossen ist und wir die Kooperation weiter fortführen können.

Insgesamt – das möchte ich aber schon noch sagen – haben wir eine Länge von 2 706 Kilometer Staatsgrenze mit acht Nachbarstaaten. Das zeigt eindrucksvoll, wie groß das Potenzial einer modernen grenzüberschreitenden Gesundheits- und Rettungskooperation ist. Genau deshalb ist dieser heutige Antrag ein so bedeutender Schritt für Österreich, denn Menschenleben darf niemals von einer Staatsgrenze abhängen. (*Beifall bei der SPÖ, bei Mitgliedern des Bundesrates von der ÖVP sowie der Bundesrätin Deutsch [NEOS/W].*)

So soll gelebte Gesundheitspraxis aussehen. Für gute Gesundheitsversorgung darf es keine Grenzen geben. Wir haben jetzt die Chance, unser Rettungs- und Kliniknetzwerk weiter auszubauen, es zu modernisieren und für zukünftige Herausforderungen zu rüsten – ein Modell aus Niederösterreich für ganz Österreich, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Ich möchte mich jetzt noch ausdrücklich im Namen auch unserer Fraktion für diesen Allparteienantrag bedanken. Ich freue mich auf die breite Zustimmung, weil wir hier gemeinsam ein starkes Zeichen dafür setzen, dass im Ernstfall nicht die Bürokratie zählt, sondern Menschlichkeit, schnelle Hilfe und beste Behandlung. (*Beifall bei SPÖ, ÖVP und FPÖ sowie der Bundesrätin Deutsch [NEOS/W].*)

Zum Abschluss möchte ich trotz oft heftiger Debatten, trotz manchmal sehr unterschiedlicher Auffassungen hier im Bundesrat Ihnen, meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen, von ganzem Herzen ein schönes Weihnachtsfest, erholsame Tage mit Ihrer Familie und ein tolles, gesundes Jahr 2026 wünschen. – Danke schön. (*Allgemeiner Beifall.*)

Vizepräsident Günther Ruprecht: Zu Wort gemeldet ist Frau Bundesrätin Claudia Hauschmidt-Buschberger. Ich erteile dieses.

RN/82

15.14

Bundesrätin Claudia Hauschmidt-Buschberger (Grüne, Oberösterreich): Vielen Dank, Herr Vizepräsident! Sehr geehrte Frau Staatssekretärin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuseherinnen und Zuseher! Es ist ja, wenn wir uns einmal alle einig sind und man dann als Vierte redet, schon relativ schwierig, noch neue Argumente reinzubringen. Es ist aber noch nicht alles gesagt.

Ich möchte da schon auch noch reden, weil es ja um nichts Geringeres geht als um die Sicherheit der Menschen in den Grenzregionen auf der einen und auf der anderen Seite – und das ermöglicht eben ein grenzüberschreitendes Rettungswesen. Das wurde tatsächlich heute noch nicht gesagt, jetzt sage ich es: Es entscheiden nämlich im Leben tatsächlich oft Minuten über das Leben oder über den Tod. Für die betroffenen Patientinnen und Patienten ist es dann wirklich total egal, von welcher Seite die Rettung kommt, weil es ja um etwas geht. Das Entscheidende ist, dass rasch, professionell und koordiniert geholfen wird.

Es wurde heute schon angesprochen: Es gibt ja schon bestehende Staatsverträge – mit der Tschechischen Republik seit 2016, der Slowakei und Ungarn mit 2025 –, und das zeigt uns ja sehr deutlich, dass Lösungen möglich sind, dass rechtliche Regelungen getroffen werden können, abgestimmte Leitstellenprozesse und verbindliche Kooperationsvereinbarungen die Sicherheit schaffen, die Patientinnen und Patienten brauchen.

Jetzt habe ich es natürlich ein bisschen schwer, weil Kollege Tiefnig – im Prinzip ja eigentlich auch ein Oberösterreicher wie ich – ein Pionier auf diesem Gebiet

ist – du hast da sicher viel mehr Expertise und Erfahrung –, aber ein bisschen kenne ich mich mittlerweile auch im Rettungswesen aus, und ich mag gerne ein bisschen etwas über Oberösterreich sagen.

Es gibt dort nämlich tatsächlich schon eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit, die nicht durch einen Staatsvertrag geregelt ist, sondern bilateral. Ich danke dir (*in Richtung Bundesrat Tiefnig*) für deinen Einsatz, dass jetzt auch dort schon so viel möglich ist. Was dort tatsächlich schon im Alltag sehr gut funktioniert, ist die Hubschraubergeschichte; unser Hubschrauber ist in Schärding stationiert, von der deutschen Seite kommt der ADAC. Die Leitstellen arbeiten tatsächlich schon sehr eng zusammen und tauschen eben; ich weiß nicht, wieso man einen Notarzt Einsatzmittel nennt, aber das ist anscheinend tatsächlich so, und die werden gegenseitig zur Verfügung gestellt.

Und – das hat Kollege Peterl erwähnt – es wird im Einsatzfall nicht das nächstgelegene, sondern auch das bestgeeignete Krankenhaus angefahren, und das Ganze Gott sei Dank schon unabhängig von der Staatsgrenze. Momentan – eben ohne diesen Staatsvertrag – funktioniert das Ganze in einer pragmatischen Lösungsvariante. Das zeigt uns in der Praxis, dass der Wille zur Zusammenarbeit vorhanden ist und dass die handelnden Personen auch durchaus schon Verantwortung übernehmen, aber: Wir kommen ohne diesen Staatsvertrag auch an unsere Grenzen. (*Bundesrat Spanring [FPÖ/NÖ]: Im wahrsten Sinne des Wortes!*)

Der Herr Präsident hat es angesprochen: Der Funk ist zum Beispiel ein Problem. Wie sieht das in der Praxis aus? – In Deutschland gibt es ein sogenanntes Tetra-Funksystem, das wir nicht haben. Was passiert? – Im Rettungswagen liegen zwei Funkgeräte, und das birgt natürlich auch Fehlerquellen und verursacht doppelte Kosten. – Doppelte Technik, doppelte Kosten, zusätzliche Fehlerquellen: Das ist weder effizient noch zeitgemäß.

Etwas noch total Interessantes ist die Datenübergabe im Krankenhaus. Jetzt muss man sich das einmal vorstellen: In Österreich haben wir digitale Schnittstellen, also das ist relativ einfach. Was von den Rettungssanitätern, vom Notarzt aufgenommen wird, kann im Krankenhaus eingespielt werden. Wenn wir in Deutschland die Daten übergeben: Der Notarzt hat einen Drucker mit, druckt das aus und drückt den Zettel sozusagen in die Hand. – Ich glaube, wenn wir schon so viel über Digitalisierung sprechen und geeignete digitale Mittel: Wir können uns die Zettelwirtschaft auch sparen, denn es ist nicht nur dieser Zettel, es ist auch ein erheblicher Zeitaufwand.

Dann möchte ich eines auch noch ansprechen, das ist jetzt wirklich tragisch: Es gab in Oberösterreich, in Rohrbach, den schrecklichen Todesfall, bei dem es um die Verfügbarkeit von passenden Krankenhäusern ging. Da wird in Oberösterreich jetzt auch schon der Vorstoß gemacht, dass wir dort eine digitale Plattform bekommen, wo man nicht nachtelefonieren muss, sondern anrufen muss, wenn man ein Intensivbett oder Operationsteam braucht. Es wäre natürlich auch gut, in diesem Zuge auch Deutschland mitzuimplementieren – dass das in diese Plattform eingemeldet werden kann.

Ja, ich glaube, jetzt habe ich es an ein paar Praxisbeispielen festgemacht, und wer es bis dahin noch nicht gewusst hat, der weiß jetzt: Es ist extrem sinnvoll, wenn das vorangetrieben wird.

Danke nochmals für die gemeinsame Initiative. Ich glaube, das ist ein schöner Satz: Die Grenze – sofern wir die in der Europäischen Union überhaupt noch haben – darf kein Versorgungsnachteil sein, deshalb unterstützen wir das natürlich ausdrücklich. Das Ziel muss tatsächlich ein modernes, interoperables und patientenorientiertes Rettungswesen sein. – Danke. (*Allgemeiner Beifall.*)

Vizepräsident Günther Ruprecht: Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Bundesrätin Mag.^a Dr.ⁱⁿ Julia Deutsch. Ich erteile ihr dieses.

RN/83

15.20

Bundesrätin Mag. Dr. Julia Deutsch (NEOS, Wien): Vielen Dank, Herr Präsident! Sehr geehrte Staatssekretärin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuseherinnen und Zuseher vor den Bildschirmen! Dieser Entschließungsantrag ist einer dieser Momente, in denen durchaus spürbar ist, wie schön es sein kann, wenn wir alle parteiübergreifend agieren. Ich finde es wirklich schön – es ist fast ein kleines Weihnachtswunder –, dass wir das gerade heute schaffen und hier einfach so einhellig an diese Sache herangehen. Deswegen werde ich auch nicht unnötig lang sprechen, aber ein paar Worte möchte ich doch auch dazu verlieren.

Es gibt einfach Themen, bei denen es nicht um die Ideologie geht, sondern da geht es um Menschen, da geht es um die Sicherheit und am Ende des Tages geht es um Leben und Tod. Das haben auch schon meine Vorrednerinnen und Vorredner erwähnt. Ein medizinischer Notfall ereignet sich unvorhergesehen, der meldet sich nicht vorab an, sondern dem ist eigentlich ziemlich wurscht, wo sich die Person gerade befindet; der passiert einfach, und dem ist egal, ob die Staatsgrenze vielleicht ein paar Hundert Meter weiter verläuft. Für die betroffenen Patientinnen und Patienten zählt aber auch nicht, welches Kennzeichen das Rettungsauto hat. Für die ist wichtig, dass sie sofort beziehungsweise so schnell wie möglich Hilfe bekommen und dass jenes Rettungsmittel zum Einsatz kommt, das am schnellsten verfügbar ist. In der Medizin gilt nämlich regelmäßig – das hat meine Vorrednerin auch schon gesagt –: Jede Minute zählt.

Weil ich, wie die meisten von Ihnen wissen, aus dem Gesundheitsbereich komme, habe ich mir gedacht, ich möchte Ihnen einfach kurz ein ganz praktisches Beispiel geben, weil das auch durchaus ein laientaugliches Beispiel ist: Es geht um die Beurteilung bei einem Verdacht auf einen Schlaganfall. Bei einem Verdacht auf einen Schlaganfall gibt es den sogenannten Fast-Test. Fast ist ein Akronym, also eine Aneinanderreihung der Anfangsbuchstaben von vier Wörtern, und zwar sind das: Face, Arms, Speech und Time. Wir testen diese vier Dinge bei einer Schlaganfallprüfung mit diesem Fast-Test: Face – da geht es darum: Kann die Person lächeln, hängt ein Mundwinkel? Arms – Sind beide Arme streckbar oder sinkt vielleicht einer ab, weil eine Schwäche vorliegt? Speech – Wie ist die Sprache, spricht die Person deutlich oder verwaschen? All das sind Anzeichen dafür, dass ein Schlaganfall vorliegen könnte – und das T für Time heißt: Time is brain. Jede Minute zählt, weil ein Schlaganfall nur in den ersten paar Stunden wirklich effektiv behandelt und therapiert werden kann – so viel dazu, dass jede Minute zählt.

Es gibt ja bereits – wie wir auch schon gehört haben – bestehende Staatsverträge mit Tschechien, der Slowakei und Ungarn, und die zeigen uns ja, dass die grenzüberschreitende Arbeit sehr gut funktionieren kann. Was wirklich wesentlich ist, ist Rechtssicherheit für diejenigen, die hier im Einsatz sind, zu schaffen, dass es klare Abläufe für die Leitstellen gibt und dass es am Ende damit auch einen echten Mehrwert für die Menschen gibt, die Hilfe benötigen. Ich finde, daran sollten wir anknüpfen, denn Menschen, die in den Grenzregionen leben, haben natürlich denselben Anspruch auf schnelle Hilfe und eine hochwertige Notfallversorgung wie alle anderen auch – unabhängig davon, auf welcher Seite der Grenze sich ein Notfall ereignet.

Das heißt, wir sind uns hier alle einig – das finde ich wirklich schön –, dass gute Gesundheitsversorgung Kooperation über föderale Ebenen, aber auch über nationale Grenzen hinweg braucht. Deshalb ist dieser Entschließungsantrag

richtig, er ist wichtig und er ist notwendig. Ich möchte mich an der Stelle auch für die Initiative und dafür, dass wir uns alle dafür geeint aussprechen, bedanken.

Zu guter Letzt, auch wenn es jetzt mit dem Grenzüberschreiten nichts per se zu tun hat, aber weil es mir persönlich wichtig ist: Bis diese Dinge in Gang gesetzt werden, bis etwas passiert, können auch wir laientauglich alle etwas machen, deswegen ein kleiner Appell an Sie: Lernen Sie die Basics der Reanimation, wiederholen Sie diese Dinge, weil man das auch sehr schnell wieder verlernt. Damit können wir alle auch unseren Teil dazu beitragen, dass wir Hilfe leisten können. – Danke schön. (*Allgemeiner Beifall.*)

15.24

Vizepräsident Günther Ruprecht: In der Debatte zu Wort gemeldet hat sich Frau Staatssekretärin Ulrike Königsberger-Ludwig. – Frau Staatssekretärin, ich erteile Ihnen das Wort.

RN/84

15.24

Staatssekretärin im Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz Ulrike Königsberger-Ludwig: Danke, Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren des Bundesrates! In aller Kürze möchte ich vier Punkte ansprechen. Der erste Punkt ist ein ausgesprochenes Danke an Sie alle, dass dieser wichtige Antrag, wie ich das soeben vernommen habe, einstimmig beschlossen wird. Ich finde das wirklich großartig, weil wir damit unserem gemeinsamen Ziel, Menschen rasch zu helfen, Menschen unbürokratisch zu helfen und natürlich gerade die grenzüberschreitende Hilfe auf eine gute rechtliche Basis zu stellen, ein Stück näher kommen. Das ist wirklich großartig – dafür ein großes Danke! Das ist der erste Punkt.

Der zweite Punkt, den ich ansprechen möchte, ist der, dass ich noch einmal betonen möchte, wie wichtig eine funktionierende Rettungskette ist. Frau Bundesrätin Hauschmidt-Buschberger hat es angesprochen: Sie entscheidet über Leben und Tod. Das stimmt, aber ich bin auch überzeugt davon: Eine gute Rettungskette und das richtige Krankenhaus, das dann auch angefahren wird, entscheiden auch darüber, **wie** ein Mensch weiterlebt – und auch das ist unheimlich wichtig. Deswegen ist es gerade im Bereich der grenzüberschreitenden Hilfe so wichtig, dass die Hilfe rasch kommt und tatsächlich gut und unbürokratisch kommt. Das ist der zweite Punkt, den ich ansprechen möchte.

Der dritte Punkt, den ich ansprechen möchte, ist, dass ich in Niederösterreich einige Jahre für das Rettungswesen habe zuständig sein dürfen, mit dem Notruf Niederösterreich sehr intensiv zusammengearbeitet habe, mit Herrn Weinhart zusammengearbeitet habe und auch da für die grenzüberschreitenden Staatsverträge mitverantwortlich habe sein dürfen.

Das sage ich nur aus dem Grund, der mich zu meinem vierten Punkt führt – nämlich dahin gehend, dass ich Ihnen versichern kann, dass ich diese Wichtigkeit mitnehme und dass ich mich auch in meiner neuen Funktion dafür einsetzen werde, dass wir rasch Staatsverträge erhalten, zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit Rettungsabkommen abschließen werden. Ich kann Ihnen versichern, geschätzte Damen und Herren des Bundesrates, dass wir intensiv mit den zuständigen Ressorts zusammenarbeiten, um die Entschließungsanträge ganz rasch umzusetzen, um unser gemeinsames Ziel, Menschen bestmöglich zu unterstützen, erreichen zu können. (*Allgemeiner Beifall.*)

Vizepräsident Günther Ruprecht: Weitere Wortmeldungen dazu liegen mir nicht vor.

Wünscht noch jemand das Wort? – Das ist nicht der Fall. Die Debatte ist somit geschlossen.

RN/85

Abstimmung

Vizepräsident Günther Ruprecht: Wir gelangen zur Abstimmung. – Bitte nehmen Sie Ihre Plätze ein.

Ich ersuche jene Bundesrätinnen und Bundesräte, die dem Antrag, den gegenständlichen Entschließungsantrag anzunehmen, ihre Zustimmung erteilen, um ein Handzeichen. – Das ist die **Stimmeneinhelligkeit**. Die gegenständliche Entschließung ist somit **angenommen**. (XX/E-BR/2025/)